

IN DER HAVELSTADT HAT BÜRGERNÄHE EINEN NAMEN:

Konrad Birkholz - Bürgermeister mit Herz und Verstand!

Seit 1995 ist Konrad Birkholz (55) der „Dorfschulze von Spandau“ - wie viele Spandauerinnen und Spandauer ihn gerne nennen - einer jungen über 800 Jahre alten Stadt vor den Toren Berlins, am Rande des Havellandes. Erstmals 1197 urkundlich erwähnt, ab 1232 fast sieben Jahrhunderte selbstständig, wurde die Stadt am Ende der Spree, an der Mündung in die Havel, als achter Verwaltungsbezirk unfreiwillig in die Hauptstadt Berlin eingemeindet.

Vieles konnte der Bürgermeister für seinen Heimatbezirk, die „Havelrepublik“, auf den Weg bringen und

auch erreichen. Die Anerkennung dafür spiegelt sich nicht zuletzt auch in den guten Wahlergebnissen der CDU-Spandau wider, die

seit seiner Amtsübernahme deutlich über dem Berliner Gesamtergebnis liegen. Schwer zu schaffen macht dem Dorfschulzen die hohe Arbeitslosenquote. Mit der Siemens AG ist zwar einer der größten privaten Arbeitgeber der Stadt in Spandau ansässig und das BMW-Motorradwerk erweiterte seinen Produktionsstandort, doch wird der Bürgermeister nicht müde, um jeden Standort und vor allem jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kämpfen. Seien die Vorgaben von Schröder und Wovewit auch noch so miserabel.

Für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Spandau konnte eine Abwanderung von IKEA verhindert und mit dem Bau der

Spandau Arcaden die Kaufkraft für das Spandauer Zentrum gebunden werden. Und für alle die es noch nicht wussten: Hier werden per Geheimrezeptur die Esenzen für viele bekannte Erfrischungsgetränke gemixt.

Aber nicht nur mit den „Großen“ hält er Kontakt. Vor allem den vermeintlich „Kleinen“ schenkt er seine ganze Aufmerksamkeit. Nach seiner tiefsten Überzeu-

sieben Tage lang, immer wieder deutlich, wo „Otto Normalverbraucher“ der Schuh wirklich drückt.

Aus diesem Wissen heraus hat Konrad Birkholz z.B. schon kurz nach der Wiedervereinigung die Abschaffung der Fehlbelegungs-



Der Bürgermeister vor Ort



Konrad Birkholz mit Friedrich Merz (MdB) und Kai Wegner (MdB)

Strieder, SPD und PDS machen Lankwitz und Südende dicht!

Die Koalition aus SPD und PDS hat am 29.10.2003 im Stadtplanungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses beschlossen, die bislang untertunnelt geplante B 101

- zur verkehrlichen Entlastung von Lankwitz und Südende - nicht zu bauen.

Der Lankwitzer CDU-Abgeordnete Oliver Friderici weist darauf hin, dass Brandenburg in knapp einem

Jahr die B 101 vor der Stadt vier-spurig ausgebaut hat und damit durch das Güterverteilzentrum Großbeeren, durch den stärker werdenden Pendlerverkehr mit dem Umland, den Flughafen usw. mehr Verkehr entstehen wird.

Für Lankwitz und Südende, so Friderici, heißt das mehr Verkehr in den Wohnstraßen von Alt-Lankwitz und Südende, deutlich mehr Durchgangsverkehr in der Paul-

und Abgasen leben. Bei SPD und PDS habe wieder Ideologie vor Vernunft gestanden.

Die CDU habe indes in der Vergangenheit Standfestigkeit bewiesen. Sie habe deutlich gemacht, dass die Zunahme des Straßenverkehrs nur durch eine untertunnelte Variante der B 101 von der Malteserstraße bis zum Munsterdamm zu verhindern sei. Der Verkehr müsse unter der Erde durch Lankwitz und Südende geschleust werden, fordert Friderici. Er gibt den Bürgern



Oliver Friderici

Schneider-, Leonoren-, Kaiser-Wilhelm- und Siemensstraße - mehr Unfälle - mehr Lärm.

Strieder, selbst „steuerfinanzierter Dienstwagenutzer mit Chauffeur“, wie der CDU-Politiker bemerkt, sei es egal, wenn die Anwohner in Lärm

in Lankwitz und Südende zu bedenken, nicht bis zur nächsten Wahl zu vergessen, dass sie das jetzige und künftige Lärm- und Verkehrschaos Strieder, der SPD und der PDS zu verdanken hätten. (eg)

gung sind die vielen wirklich engagierten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozialverbänden, den Kirchengemeinden, den Senioreneinrichtungen, die Funktionäre, Trainer und Jugendbetreuer in den Sportvereinen und den zahllosen Kleingarten- oder kulturellen Vereinen die wirklichen Repräsentanten und Stützen eines gesunden Gemeinwesens.

Er nennt das kurzsichtige Einsparen bei der Sportförderung und anderen Gemeinschaftsdiensten wie z.B. DLRG oder Freiwilliger Feuerwehr ein Sparen am verkehrten Ende - theoretische Schreibtisch-Schafthuberei, die auf Dauer am wirklichen Leben der Menschen - auch im Großstadtgefüge einer Hauptstadt - völlig vorbeigehen.

Die von Konrad Birkholz gelebte Bürgernähe, mit unzähligen persönlichen Gesprächen und Kontakten vor Ort, die Treffen mit Einzelhändlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden aber auch die einzelnen Gespräche mit den Bürgern auf der Straße, auf den Märkten und bei Festen machen ihm jede Woche,

abgabe im sozialen Wohnungsbau, insbesondere in den Berliner Randbezirken, gefordert. Für Politiker mit Praxisbezug waren schon damals die „Verlockungen des Wohnens“ im direkt angrenzenden Umland und vor allem deren Folgen für die Berliner Großraumsiedlungen am Stadtrand erkennbar. Leider kam die Aufhebung der Fehlbelegungsabgabe erst im September 2001 - zufälligerweise kurz vor der Bundestagswahl!!!

Und daher setzt sich der Bürgermeister auch vehement für die Beibehaltung der Bezirke ein. Denn nichts ist schädlicher für die Beziehung von Politik zum eigenen Kiez, als der derzeitige schlechende Prozess der Zentralisierung durch den rot-roten Senat dessen Verwaltung zur Länderehe Berlin-Brandenburg mit allen Mitteln ihre Daseinsberechtigung nachweisen will. Die Ortsnähe einer kommunalen Verwaltung und der unmittelbare Kontakt zu den Menschen ist durch nichts zu ersetzen. Nur so kann auch in einem großen Ballungsraum ein lebens- und liebenswerter Bezirk gestaltet werden. (eg)